



Im April wurde auf einer Podiumsdiskussion in Vogtsburg über die B-31-West diskutiert.

Foto: ma

# Entscheidung gefordert

Bürgermeister der Region drängen auf schnelle Entscheidung in Sachen B 31 West

**Breisach/Stuttgart. Die Bürgermeister Oliver Rein (Breisach), Gabriel Schweizer (Vogtsburg) und Christian Riesterer (Gottenheim) haben kürzlich bei einem Gesprächstermin im baden-württembergischen Ministerium für Verkehr und Infrastruktur mit Staatssekretärin Dr. Gisela Splett und Ministerialdirektor Lahl nochmals für die Position der Region für die B 31 West geworben.**

Die Bürgermeister machten dem Ministerium den Vorschlag, dass die betroffenen Gemeinden am Kaiserstuhl bereit wären, die Klage gegen das Land Baden-Württemberg

auf Fortführung des Planfeststellungsverfahrens zurückzunehmen, wenn sich das Land bereit erklärt, zeitnah über den Fortgang des Planfeststellungsverfahrens zu entscheiden. Dies teilten die Bürgermeister jetzt in einer Pressemitteilung mit. Die Bürgermeister sind der Auffassung, dass die Region einen Anspruch darauf hat zu erfahren, wie es mit dem Ruhen des Planfeststellungsverfahrens weiter geht.

Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder das Landesverkehrsministerium entscheidet endgültig, das Planfeststellungsverfahren aufzuheben oder aber das Planfeststellungsverfahren wird ordnungsgemäß zu Ende geführt. Die Bürgermeister

machten keinen Hehl daraus, dass sie und die Region auf eine Fortführung des Planfeststellungsverfahrens für die B 31 West drängen. Bei einer Aufhebung des Verfahrens dürften nach Ansicht der Bürgermeister auch Streitigkeiten mit dem Bund drohen, da dieser mehrfach erklärt hat an dem Projekt B 31 West als Ganzes bis nach Freiburg festzuhalten.

Die Thematik wurde intensiv ausgetauscht, das Gespräch war konstruktiv und das Verkehrsministerium betonte, es werde den Vorschlag der Gemeinden nochmals zeitnah prüfen, um dann mitzuteilen, ob es dem Vorschlag der Gemeinden folge oder nicht. (RK)